

Christoph Deutschmann

### **Der kollektive Buddenbrooks-Effekt**

- Sozialstrukturelle Hintergründe der Wirtschaftskrise -

Vortrag Universität Frankfurt/M 19.4.10

Die Wirtschafts- und Finanzkrise dauert an, und auch die Diskussion über die Ursachen der Krise. Diese Diskussion wird bis heute noch immer zu einem großen Teil von Wirtschaftswissenschaftlern geführt, die sich dafür fachlich zuständig fühlen. Nun zeigt sich allerdings bei den Vertretern dieses Fachs eine gewisse Verunsicherung; sie scheinen durch die Ereignisse gleichsam auf dem falschen Fuß erwischt worden zu sein. Der „mainstream“ der Wirtschaftstheorie hat nicht nur mit einer solchen Krise nicht gerechnet, sondern hat sogar ihre Möglichkeit kategorial ausgeschlossen. Nun ist fast alles Makulatur, was man uns gepredigt hat: von den Vorzügen der Selbstregulierung der Märkte, der Schädlichkeit staatlicher Interventionen bis hin zur überlegenen Effizienz freier Kapitalmärkte. Entsprechend unsicher klingt das, was man uns zur Erklärung und Diagnose der Krise zu sagen hat. Es seien mit unbegreiflicher Leichtfertigkeit Hypothekenkredite an gar nicht zahlungsfähige Schuldner vergeben worden, es seien spekulative Pyramiden von unvorstellbaren Dimensionen aufgetürmt und nicht mehr zu durchschauende Finanzmarktprodukte entwickelt worden, es seien die Bilanzen der Banken manipuliert worden, um diese unverantwortlichen Geschäfte zu kaschieren, die Aufsichtsräte und die staatlichen Kontrollinstanzen hätten versagt. Man könnte diese Erklärungen mit dem Stichwort „menschliches Versagen“ zusammenfassen: Die Systeme sind „an sich“ in Ordnung, nur die Akteure – die Bankmanager, die Analysten, die Rating-Agenturen, die die Mitglieder der Aufsichtsgremien, die Zentralbankvorstände – hätten eben nicht richtig funktioniert. Hätten alle sich nur an die Regeln des ehrbaren Kaufmanns gehalten, wäre nichts passiert.

Das ist eine Sichtweise, die viele Fragen aufwirft: Kann man das System und die Menschen überhaupt so säuberlich voneinander trennen? Sind nicht auch Kapitalmärkte Systeme, die aus menschlichen Handlungen bestehen? Und müsste nicht eine realistische Kapitalmarkttheorie die Menschen so nehmen, wie sie sind, nicht wie nach den Annahmen der Theorie sein sollten?

Nun argumentieren nicht alle Ökonomen so. Die Annahme, dass die Systeme „an sich“ in Ordnung sind und zu einem eingebauten Gleichgewicht tendieren, wird keineswegs von allen geteilt. Ich möchte zunächst kurz auf eine alternative Position eingehen, die lange Zeit von den mainstream-Ökonomen ignoriert worden ist, nun aber eine ganz neue Aktualität bekommen hat, nämlich Hyman Minsky und seine These der eingebauten Instabilität selbstregulierter Finanzmärkte. Dieser Ansatz ist durch die Wirtschaftshistoriker Charles Kindleberger und Robert Aliber durch empirische Analysen erhärtet worden. Die zentralen Thesen dieses lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1.) Finanzkrisen fallen nicht vom Himmel, sondern sind ein normales Phänomen der kapitalistischen Entwicklung. Denn Finanzmärkte kennen eben keinen eingebauten Gleichgewichtsmechanismus, sondern sind inhärent instabil; sie neigen zur positiven oder negativen Verstärkung von Ungleichgewichten. An Finanzmärkten werden nicht beobachtbare Güter oder Dienstleistungen gehandelt, sondern Versprechungen. Zunächst schaukeln die Akteure sich in ihren Versprechungen und positiven Erwartungen gegenseitig hoch – das ist die „manische“ Phase. Irgendwann geht einem der Beteiligten die Luft aus, und es geht nicht mehr weiter. Dann entsteht ein Verkaufsdruck, und der gleiche Vorgang wiederholt sich in negativer Richtung. Es kommt zur Panik und zum Crash; die Manie kehrt sich in die Depression um. Diese Tendenz zur Selbstverstärkung von Ungleichgewichten (positiv oder negativ) wird noch gesteigert, wenn sog. „gehebelte“ d.h. kreditfinanzierte Wertpapierkäufe in großem Umfang stattfinden, wie dies in auch den vergangenen Jahren der Fall gewesen ist.

2.) Der Aufbau und die anschließende Vernichtung von Finanzvermögen durch Finanzmarktkrisen ist auch mit beträchtlichen Umverteilungen der Vermögen verbunden. Gewinner sind dabei in der Regel die professionellen Spekulanten (Insider), die rechtzeitig ein- aber auch wieder aussteigen - in der Regel, nicht immer, denn auch professionelle Spekulanten können sich irren und durch die Entwicklung der Märkte auf dem falschen Fuß erwischt werden. Verlierer sind meistens die „Outsider“, d.h. das breite Publikum der Amateure, die regelmäßig zu spät einsteigen und dann ebenfalls zu spät und mit großen Verlusten aussteigen.

3.) Unentrinnbar ist der Krisenzyklus der Finanzmärkte vor allem wegen der interessengetriebenen Lernunfähigkeit der Akteure. Natürlich wissen alle, dass es

Finanzmarktkrisen gibt, genauer: es *gab* sie, nämlich in der Vergangenheit. Diesmal – so die allgemeine Überzeugung im Vorfeld einer Manie – sei alles anders. Denken Sie nur an die Zeit vor dem Platzen der New Economy-Blase vor neun Jahren. Damals waren viele ökonomische Experten felsenfest davon überzeugt, dass der klassische Konjunkturzyklus der Vergangenheit angehöre und dass wir vor einem goldenen Zeitalter kontinuierlichen, inflationsfreien Wachstums stehen. Natürlich ist neben ehrlicher Unbedarftheit auch ein gerütteltes Maß an strategischer Gerissenheit und Betrug bei nicht wenigen Akteuren im Spiel – und auch das ist normal.

Alle diese Mechanismen lassen sich auch in den aktuellen Ereignissen ohne Weiteres wiedererkennen. Und auch die Transformation der Finanzkrise in eine Krise der „Realwirtschaft“, die wir im letzten Jahr beobachtet haben, ist keine grundsätzlich neue und überraschende Erfahrung. Dennoch halte ich auch die Erklärung, die der „financial stability-Ansatz“ uns liefert, nicht für wirklich befriedigend. Diese Sichtweise ist zwar realitätsnäher als die orthodoxe Position. Aber sie legt die Vorstellung nahe, dass es sich bei Finanzkrisen um eine Art „Naturereignis“ handelt, das kommt, aber auch wieder vergeht. So scheinen auch die verantwortlichen Akteure in Wirtschaft und Politik zur Zeit zu denken. Man geht auf Tauchstation, wartet, bis der Sturm vorübergeht, in der Hoffnung, dann weitermachen zu können wie gehabt. Da man mit seinem Latein am Ende ist, bleibt zunächst nur der Ruf nach dem Staat als Retter – dem gleichen Staat, dem man eigentlich keinen Cent an Steuerzahlungen gönnen wollte, und den man gerade eben noch am liebsten abgewickelt hätte. Staatliche Rettungsschirme, Kapitalspritzen, Bürgschaften und „bad banks“ sollen die bankrotten Banken stützen, staatliche Konjunkturprogramme die zusammenbrechende Nachfrage stabilisieren. Schärfere „Regulierungen“ der Finanzmärkte sollen die Wiederholung der spekulativen Exzesse verhindern.

Aber von den angekündigten Regulierungen ist bisher noch fast nichts realisiert worden. Was die Rettungsaktionen bewirkt haben, ist erst einmal ein weiterer dramatischer Anstieg der Staatsverschuldung, die ja schon vor der Krise als untragbar hoch galt. Der Steuerzahler zahlt für die staatlichen Rettungsaktionen doppelt: Einmal für die immensen Kosten der Subventionen und Bürgschaften selbst (nicht nur die aktuellen, sondern auch die potentiellen Kosten, sollten die Bürgschaften fällig werden), zum anderen für die mit der zusätzlichen Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte anstehenden Zinszahlungen. Niemand wagt daran zu denken, was es für die Staatsschulden bedeuten wird, wenn die Zentralbankzinsen

wieder auch nur in die Nähe ihres früheren Niveaus vor der Krise steigen sollten. Faktisch hat der Staat die Rolle eines Garanten der privaten Finanzvermögen übernommen. Er sichert mit Steuermitteln ein Minimum an Rentabilität, das am freien Markt nicht mehr erzielbar wäre. Die Großbanken, die zu groß geworden sind, um bankrott gehen zu können (Commerzbank, Hypo Real Estate), haben sich den Staat als Geisel genommen, der nun in seinem eigenen Interesse alles tun muss, um die Geschäfte der Banken wieder florieren zu lassen. Diese Rolle als Garant und Geisel des Finanzkapitals muss selbst die wirtschaftlich stärksten Nationalstaaten überfordern. Um die Zahlungsunfähigkeit zu vermeiden, wird deshalb auch im Euro-Raum vielleicht bald nur noch jener Notweg übrig bleiben, der in den USA und in Großbritannien schon beschritten wird, nämlich das schlichte Drucken von Geld in Form des direkten Ankaufs von Staatsanleihen durch die Zentralbank.

Wir alle spüren, dass dies keine „gewöhnliche“ Krise ist. Es ist unwahrscheinlich, dass man nachher weitermachen können wird wie bisher. Wenn man bei der Diagnose und Therapie über eine bloß reagierende Haltung hinauskommen will, verlangt das nach neuen, über gängige ökonomische Rezepte hinausgehenden Sichtweisen. Ich möchte Ihnen eine solche andere, nämlich soziologische Perspektive vortragen und fasse sie mit dem Stichwort „kollektiver Buddenbrooks-Effekt“ zusammen. Meine These ist, dass die Geschichte der Kaufmannsfamilie Buddenbrook, die Thomas Mann in seinem berühmten Roman über mehrere Generationen hinweg schildert, sich gleichsam auf kollektiver Ebene wiederholt, d.h. in der Entwicklung Deutschlands bzw. Westdeutschlands und der meisten anderen westlichen Industrieländer nach dem Zweiten Weltkrieg. Thomas Mann zeigt in seiner berühmten Familienchronik den Aufstieg und Niedergang der Kaufmannsfamilie Buddenbrook. Die ersten beiden Generationen (Johann und Jean Buddenbrook) haben die Firma und die Familie durch harte Arbeit und Disziplin zu Erfolg und Wohlstand geführt. In der dritten Generation, bei Thomas Buddenbrook, seinem leichtlebigen Bruder und seiner kapriziösen Schwester, häufen sich dann die geschäftlichen und persönlichen Probleme. Am Ende bleibt nur noch der wenig lebensstüchtige kleine Hanno übrig, schließlich stirbt auch er mit nur 17 Jahren. Ich will mich hier nicht in düsteren Untergangsszenarien ergehen. Aber ich sehe in der wirtschaftlichen Entwicklung der reifen Industrieländer in Europa, Nordamerika und auch Ostasien gewisse Parallelen zur Familiengeschichte der Buddenbrooks:

1.) Wir haben in Westdeutschland und Westeuropa, seit 1990 auch in Gesamtdeutschland und im überwiegenden Teil Gesamteuropas eine im historischen Maßstab fast einmalig lange

Periode wirtschaftlicher Prosperität hinter uns. Seit jetzt mehr als 60 Jahren hat es keine großen Kriege, aber auch keine schweren Krisen und keine galoppierenden Inflationen mehr gegeben. Zwar stagnieren die Realeinkommen der breiten Masse der Bevölkerung schon seit längerer Zeit. Aber im Durchschnitt haben die westeuropäischen Gesellschaften ein beachtliches Wohlstandsniveau erreicht. Gleichzeitig sind die privaten Finanzvermögen seit Jahrzehnten gewachsen und gewachsen, und zwar erheblich (doppelt bis dreifach) stärker als die verfügbaren Einkommen (Stein 2004); das gilt auch für die Jahre nach der Wiedervereinigung und der Krise der Jahrhundertewende. Heute belaufen sie sich nach den Angaben der Deutschen Bundesbank in Deutschland auf 4,8 Billionen Euro brutto bzw. 3 Billionen Euro netto – etwa anderthalbmal so viel wie das jährliche Sozialprodukt Deutschlands.

2.) Der private Vermögensbesitz ist, wie wir alle wissen, sozial äußerst ungleich verteilt, und die Ungleichheit der Vermögen ist noch wesentlich stärker als die der Einkommen. Aber trotzdem haben von der wirtschaftlichen Prosperität in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht nur ein paar Superreiche profitiert. Vielen Menschen ist im Zuge der wirtschaftlichen Dynamik und der Bildungsexpansion der Aufstieg aus der Arbeiterschicht in die Mittelschichten gelungen. Die Mittelschichten haben sich beträchtlich vergrößert, die Arbeiterschichten verkleinert – lange Zeit jedenfalls, wenn auch nicht mehr in der jüngsten Vergangenheit. Und zumindest in den oberen Mittelschichten haben sich ebenfalls beträchtliche Vermögen gebildet, auch wenn, wie gesagt, der Abstand zu den Vermögen der obersten Schichten nach wie vor groß ist, ja, in den letzten Jahren sogar gewachsen ist.

Was bedeutet es nun, wenn in einer Gesellschaft die Finanzvermögen langfristig weitaus stärker wachsen als das Sozialprodukt und wenn es immer mehr Menschen gibt, denen neben ihren Arbeitseinkommen ein mehr oder weniger beachtliches Zusatzeinkommen in Form von Zinsen und Dividenden zufließt? Die Zinsen und Dividenden wachsen ja, wie wir alle wissen, nicht einfach aus dem Kapital, wie ein Birnbaum Birnen trägt. „Lassen Sie Ihr Geld für sich arbeiten“, heißt es zwar in der bekannten Sparkassenreklame. Aber natürlich arbeitet das Geld nicht von allein, es muss vielmehr immer *erarbeitet* werden. Geldvermögen sind immer Schulden, genauer: Es sind Kontrakte zwischen Gläubigern und Schuldern. Wertpapiere sind immer nur genau so viel wert, wie sich Schuldner finden, die bereit und in der Lage sind, das geliehene Kapital abzarbeiten und mit Zins und Zinseszins zurückzuzahlen. Auch die abhängig Beschäftigten in privaten Unternehmen sind, selbst dann, wenn sie persönlich gar

nicht verschuldet sind, faktisch in diese Gläubiger-Schuldner-Beziehungen eingebunden. Durch ihre Arbeit müssen sie ja die Verwertung des Unternehmenskapitals gewährleisten; ihre Arbeitsplätze hängen davon ab. Damit die Kapitalmärkte im Gleichgewicht bleiben können, muss den anlagesuchenden Vermögen also eine hinreichende Zahl an Schuldnern gegenüberstehen – an „guten“, nämlich zahlungsfähigen Schuldnern, denn an Schuldnern überhaupt herrscht natürlich nie Mangel.

Wie kann ein solches dynamisches „Gleichgewicht“ an den Vermögenmärkten funktionieren? Es kann funktionieren – um es so knapp wie möglich zu formulieren - unter drei sehr spezifischen historisch-gesellschaftlichen Bedingungen:

Die *erste Bedingung* ist, dass es einen Klassenunterschied zwischen Vermögenden und Vermögenslosen, das heißt auf den Arbeitsmarkt Angewiesenen geben muss. Kapitalistische Gesellschaften sind Klassengesellschaften, wobei ich den Klassen Begriff in einem ganz orthodox-marxistischen Sinn verstehe: Der Klassenunterschied ist der Unterschied zwischen denjenigen, die über Kapitalvermögen verfügen und denjenigen, die kein Vermögen haben und daher auf ihre Arbeitskraft angewiesen sind. Die sozial extrem ungleiche Verteilung der privaten Geld und Sachvermögen ist bis heute, wie wir wissen, ein beherrschendes Merkmal der Sozialstruktur gerade der fortgeschrittenen Industrieländer. Das heißt natürlich nicht, dass es außer den Klassen nicht auch andere soziale Unterschiede gäbe. Aber die Polarisierung der Klassen ist die Geschäftsgrundlage des ganzen Spiels, denn ohne sie gäbe es keine Spannung und ohne Spannung keine Dynamik.

Die *zweite Bedingung* ist, dass der Klassenunterschied nicht ständisch, ethnisch oder religiös festgeschrieben sein darf. Die Vermögenslosen müssen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft für sich eine hinreichende Chance sehen, durch harte Arbeit sozial nach oben zu kommen und auf die andere Seite zu wechseln - auch wenn diese Chance objektiv kaum größer sein mag als bei einer Lotterie. Ich spreche hier bewußt etwas unscharf von „Vermögenslosen“ und mache keine scharfen Unterschiede zwischen im rechtlichen Sinne Selbständigen bzw. Scheinselbständigen, Arbeitnehmern und sogenannten „Arbeitskraft-Unternehmern“. Es geht um Menschen, die aus kleinen Verhältnissen kommen und sich nach oben arbeiten wollen – nicht über die bürokratische Karriere auf der Basis von formalen Qualifikationen, sondern über den Erfolg am Markt. Dazu entwickeln sie Ideen, Initiativen und unternehmerische Instinkte. Viele unternehmerische Karrieren kamen so zustande. Auch

in der westdeutschen Industriearbeiterschaft der ersten Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg war das Aufstiegsmotiv sehr stark, wie die damalige Industriesoziologie nachgewiesen hat. Die großen politischen Erfolge der SPD in den späten sechziger und siebziger Jahren gingen darauf zurück, dass sie genau diese aufstiegsorientierten Teile der Arbeiterschaft repräsentierte (siehe die aktuellen Analysen von Franz Walter). Meine These ist also: Die Hoffnung auf Reichtum oder wenigstens eine bescheidene bürgerliche Existenz treibt die Vermögenslosen zu außerordentlichen, mehr als nur routinemäßigen Arbeitsleistungen, und die Konkurrenz zwingt sie auch dazu. Viele verschulden sich, um den erhofften Erfolg bzw. sozialen Aufstieg quasi vorwegzunehmen und setzen sich damit selbst unter Druck. Und es ist diese durch das Aufstiegsmotiv genährte Arbeits- und Verschuldungsbereitschaft der Vermögenslosen, die ihrerseits die Verwertung des Kapitals der Vermögenden sicherstellt.

*Drittens* muss die Bevölkerung wachsen und (um es etwas platt zu formulieren) möglichst jugendlich sein. Der Kapitalismus setzt eine zukunftsorientierte Lebensweise der breiten Masse voraus, die nun einmal das Privileg der Jüngeren ist. Die demographische Struktur ist deshalb eine weitere wichtige Randbedingung. Die kapitalistische „Wachstumsexplosion“ seit dem 19. Jahrhundert war nicht zufällig auch eine „Bevölkerungsexplosion“.

Die ideale Konstellation für einen florierenden Kapitalismus ist also ein ausgeprägter Klassenunterschied mit wenigen reichen Vermögensbesitzern an der Spitze mit einer wachsenden, jugendlichen, armen, aber zugleich aufstiegs- und verschuldungswilligen Bevölkerung an der Basis. Das Streben nach Aufstieg und Reichtum motiviert außerordentliche Arbeitsleistungen der Vermögenslosen, die für hohe Renditen des Kapitals der Vermögenden sorgen. Es gibt natürlich keinerlei objektives „Gesetz“ und auch kein eingebautes „Gleichgewicht“, das dafür sorgt, dass diese Bedingungen gegeben sind. Faktisch aber waren sie in der bisherigen Geschichte des industriellen Kapitalismus zeitweilig durchaus gegeben: in der Zeit der industriellen Revolution in England, in den USA mit ihren immer neuen Einwanderungswellen im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert, und auch geradezu beispielhaft im westdeutschen „Wirtschaftswunder“ der ersten beiden Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg, schließlich auch für die beiden letzten Jahrzehnte im nominell kommunistischen China. . Unter diesen Verhältnissen konnte sich ein sich selbst verstärkender positiver Wachstumsprozess entwickeln.

Nun haben sich aber, wie schon gesagt, die Zeiten geändert. Dank der Wirtschaftsprosperität in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts ist vielen Menschen in Westeuropa, in den USA und auch in Japan der soziale Aufstieg gelungen; die Mittelschichten sind gewachsen, die Arbeiterschichten dagegen sind zurückgegangen. Obwohl die Ungleichheit der Vermögensverteilung sogar noch zugenommen hat, haben sich auch in den oberen Mittelschichten beträchtliche Finanzvermögen gebildet, die ihren Besitzern ein Zusatzeinkommen in Form von Zinsen, Dividenden und Mieten ermöglichen. Viele dieser Gutverdienenden sind akademisch gebildet und haben sich vergleichsweise komfortable und prestigeträchtige berufliche Positionen – überwiegend als höhere Angestellte und Beamte, nicht als Selbständige – erarbeitet. All dies lässt den Drang nach weiterem sozialem Aufstieg über den Markt schwächer werden. Geld ist zwar unvermindert begehrt, die unternehmerische Arbeit als sein notwendiges Gegenstück aber immer weniger. Die Folge ist, dass sich die Marktkonstellation an den Vermögenmärkten verschiebt: Die anlagesuchenden Finanzvermögen nehmen stark zu, nicht nur als Folge der fortschreitenden Vermögensakkumulation bei den kapitalbesitzenden Eliten, sondern auch des wachsenden Reichtums der oberen Mittelschichten. Die potentiellen Schuldner dagegen, die – gleichgültig ob Arbeitnehmer oder Selbständige – nur aus den Vermögenslosen unteren Schichten kommen können, werden dagegen weniger zahlreich. Schon dadurch ergibt sich die Möglichkeit einer Überliquidität an den Kapitalmärkten.

Es kommt nun aber noch etwas Anderes hinzu. Betrachtet man die dargestellte Aufwärtsverschiebung der Sozialstruktur in zeitlicher Perspektive, so stellt sich die Frage nach den sozialen Chancen der nachfolgenden Generationen. Wenn einer Generation der soziale Aufstieg auf breiter Front gelungen ist, haben die folgenden Generationen es dann leichter oder schwerer? Die neuere soziologische Mobilitätsforschung hat herausgearbeitet, dass die Ungleichheit der sozialen Chancen deutlich zugenommen hat. Auf der einen Seite befinden sich die Kinder der sozialen Aufsteiger in einer privilegierten Position. Sie wachsen in einem in der Regel gut gepolsterten sozialen Nest auf und sie müssen - wie Thomas, Christian und Tony Buddenbrook - um ihren Aufstieg und Erfolg nicht mehr kämpfen. Wirtschaftliche Vermögen und – wie wir wissen – in hohem Maße auch das sog. „Bildungskapital“ werden vererbt, und das sichert den Nachkommen der Gutsituierten einen für die anderen kaum mehr einholbaren sozialen Vorsprung. Deshalb ist es - auf der anderen Seite - für die Jüngeren aus den unteren Schichten deutlich schwieriger geworden, beruflich aufzusteigen oder überhaupt Zugang zu den immer knapperen „guten“ Positionen des

Arbeitsmarktes zu finden. Vor allem die Chancen der Geringqualifizierten – ob mit oder ohne Migrationshintergrund - sind offenbar so schlecht geworden, dass Viele die Hoffnung auf den Erfolg am Arbeitsmarkt überhaupt aufgegeben haben. Es hat sich ein Teufelskreis zwischen der objektiven Verschlechterung sozialer Chancen und subjektiver Resignation entwickelt, der unter Begriffen wie „soziale Exklusion“ (Bude 2006) oder „abgehängtes Prekariat“ (Neugebauer et al. 2007) diskutiert wird. Natürlich gibt es für den Teufelskreis der sozialen Exklusion auch noch andere Gründe außer den erwähnten Vererbungseffekten. Ich möchte hier nur darauf hinweisen, dass soziale Marginalisierung und Exklusion auch unter dem Blickwinkel der Vermögensmärkte von Bedeutung sind. Das sich anbahnende Ungleichgewicht an den Vermögensmärkten wird nicht nur, wie gezeigt, durch das relative Schrumpfen des sozialen Reservoirs potentieller Schuldner beeinträchtigt, sondern auch durch die zunehmende Blockierung der Aufstiegsmobilität und die resultierende Entmutigung des Aufstiegsmotivs bei den nachfolgenden Generationen.

Und noch etwas Drittes ist zu berücksichtigen, das zwar aktuell noch keine sehr große Rolle spielt, in der Zukunft aber erhebliche Auswirkungen haben wird, nämlich die Veränderungen der demographischen Struktur. Unternehmerische Individuen sind, wie gesagt, Menschen, die ihr Leben noch vor sich haben und etwas aus ihm machen wollen. Die auf die Zukunft gerichtete Lebensorientierung, von der unsere gesellschaftliche Dynamik so sehr abhängt, ist nun einmal das Privileg der Jüngeren. Mit dem Geburtenrückgang und absehbaren Alterung der Bevölkerung geht die Zahl dieser Zukunftsorientierten und überhaupt die der wirtschaftlich Aktiven zurück. Auch dadurch kommt es zu einem wachsenden Übergewicht der Rentiers gegenüber den aktuellen und potentiellen „guten“ Schuldnern.

Es ist vor diesem Hintergrund nicht erstaunlich, dass es in Deutschland und auch in anderen entwickelten Industrieländern in Westeuropa und Japan einen zunehmenden Überschuss an Geldvermögen gibt, der im Inland keine Anlagemöglichkeiten mehr findet und daher in die internationalen Kapitalmärkte fließt. Man versucht, die Schuldner, die es in der Binnenwirtschaft nicht mehr gibt, woanders zu finden. Bis vor einigen Jahren ist der größte Teil dieses Kapitals in US-amerikanische Anlagen investiert worden, die als sicherer Hafen galten. Das trug zum Aufpumpen jener Blase bei, die jetzt geplatzt ist. Die Finanzkrise zeigt aber, dass die Globalisierung der Finanzmärkte das Problem des tendenziellen Überschusses an anlagesuchenden Finanzvermögen nicht gelöst, sondern eher noch verschärft hat. Der kollektive Buddenbrooks-Effekt ist ja kein ausschließlich deutsches bzw. westdeutsches

Phänomen. Seine Charakteristika – stark überproportionales Wachstum der privaten Finanzvermögen, strukturelle Mobilität der Gesellschaft nach oben – lassen sich in allen entwickelten westlichen Industrieländern sowie in Japan und in ersten Anfängen auch schon in China beobachten. Sicherlich gibt es in manchen Schwellenländern noch immer einen großen Kapitalbedarf. Aber dort sind eben auch, wie die Krisen in Mexiko, Russland, Argentinien und anderen Ländern gezeigt haben, die politischen und ökonomischen Risiken groß.

Wenn es weltweit keine hinreichend sicheren und profitablen Anlagemöglichkeiten mehr gibt, dann führt das zu einem Zustand der Überliquidität an den Finanzmärkten. Diese Überliquidität treibt spekulative Blasen hervor, die früher oder später platzen und die Wirtschaft abstürzen lassen. Diese Probleme sind nicht erst heute zu beobachten, sondern spätestens seit dem Platzen der Dotcom-Blase um die Jahrtausendewende. Schon diese Krise hat ja eine anhaltende Wachstumsschwäche speziell der deutschen Wirtschaft zur Folge gehabt. Der Beschäftigungsabbau in den Jahren bis 2005 hat dazu geführt, dass die Mittelschicht nicht länger gewachsen ist, sondern kleiner geworden ist, wie die vielzitierte Studie des DIW (Grabka/Frick 2008) gezeigt hat. Alle diese Probleme werden sich weiter verschärfen, wenn – wie sich das heute abzeichnet – die USA als globaler Schuldner und zugleich als globaler Wachstumsmotor nicht mehr zur Verfügung stehen.

Wir haben es, nicht erst heute, sondern bereits seit etwa 30 Jahren, mit einer wirtschaftlichen Entwicklung zu tun, die durch eine zunehmende Dominanz der Rentierinteressen über die unternehmerischen Kräfte charakterisiert ist. Ihre Hauptursache war das starke Wachstum der privaten Finanzvermögen. Dieses Wachstum wiederum hat den Aufstieg der sogenannten „institutionellen Investoren“, also der Investmentbanken, Hedgefonds, Private Equity-Fonds Pensionsfonds, kurzum: des vielzitierten „Finanzmarkt-Kapitalismus“ ermöglicht. Die Investmentfonds stehen, ungeachtet ihrer bekanntlich nicht bescheidenen Eigeninteressen, im Auftrag ihrer Kunden, der privaten Anleger. Sie konkurrieren um ihre Gunst und bringen die Interessen der Anleger in organisierter Form gegenüber der Politik, gegenüber den Unternehmen, in der Öffentlichkeit zur Geltung, und das haben sie sehr erfolgreich getan. Schon der gängige Begriff der „Finanzinvestoren“ mit der in ihm angelegten Vermischung von realen unternehmerischen Investitionsentscheidungen mit finanziellen Spekulationen zeigt, wie sehr sich diese Rentierperspektive inzwischen im öffentlichen Sprachgebrauch durchgesetzt hat. Das fortschreitende Übergewicht der Rentierinteressen über das

unternehmerische Element zeigt sich auch auf der Ebene der Unternehmen. Die durch die Fonds kontrollierten Unternehmen müssen die vereinbarten Renditeziele erfüllen, andernfalls droht der Verkauf oder die feindliche Übernahme. Das führt häufig zu einer kurzfristigen Gewinnorientierung des Managements; nicht kurzfristig rentable Innovationsprojekte und die Substanzsicherung des Unternehmens werden vernachlässigt. Gewinne scheinen nicht länger nur „Residualeinkommen“ zu sein, wie es früher in den Lehrbüchern der Betriebswirtschaftslehre hieß, sie werden zunehmend zu einer neuen Art von faktischem Kontrakteinkommen in Form von Zielvereinbarungen zwischen den Eigentümern und dem Management. Die sog. „kapitalmarktorientierte Unternehmensführung“ zielt darauf, den Gewinn so weit wie möglich in eine planbare, vom Risiko abgekoppelte Größe zu verwandeln. Auch Forschung und Entwicklung werden „ökonomisiert“, durch Zielvereinbarungen gesteuert, finanziell rechenschaftspflichtig gemacht, immer enger an die Anforderungen der Produktion und des Marktes gebunden. Aber das geht auf Kosten der für Innovationen notwendigen funktionalen Autonomie. Forschung und Entwicklung lassen sich ihrer Natur nach nur begrenzt planen, und wenn man die Kontrolle zu eng anlegt, kommen statt Innovationen eben nur Schein-Innovationen heraus.

Geht aber die Innovationsfähigkeit der Wirtschaft zurück, während gleichzeitig die den Unternehmen durch die Eigentümer abgeforderten Gewinnausschüttungen nicht nur nicht zurückgehen, sondern womöglich noch gesteigert werden, so bedeutet das, dass die Gewinne durch Einschnitte in die Substanz finanziert werden müssen. Gewinne entstehen dann nicht länger aus der wachstumsfördernden Entwicklung neuer Kombinationen, sondern durch Umverteilung zu Lasten der Löhne, Gehälter und Steuern; Gewinnmaximierung verwandelt sich aus einem Positivsummenspiel in ein Nullsummenspiel, bei dem das Wachstum auf der Strecke bleibt, die realen Masseneinkommen sinken und am Ende der Staat selbst zur Beute der Rentiers zu werden droht.

Meine These ist also, dass wir es mit einer zunehmenden Dominanz der Rentiers über die unternehmerischen Kräfte in der Gesellschaft zu tun haben, die ich als „kollektiven Buddenbrooks-Effekt“ bezeichne. Es ist eine Situation entstanden, in der – auf der einen Seite – die große Mehrheit der Bevölkerung gern mehr Geld ausgeben würde, wenn sie es denn hätte und auch dafür arbeiten würde, wenn die Arbeitsplätze denn da wären. Auf der anderen Seite verfügt eine sehr kleine Minderheit über so viel Geld, dass sie es beim besten Willen nicht konsumieren kann, sie kann es aber auch nicht investieren, denn so viele profitträchtige

Investitionsgelegenheiten und potentiell solvente Schuldner sind gar nicht vorhanden. Das Kapital fließt deshalb zunehmend aus dem realwirtschaftlichen Kreislauf heraus in spekulative Finanzprodukte. Diese treiben Blasen hervor, die früher oder später platzen und die Wirtschaft abstürzen lassen. Durch die staatlichen Rettungsschirme ist nun die Situation entstanden, dass der Staat durch die Finanzinvestoren gleichsam in Geiselhaft genommen worden ist und aus Steuermitteln jene Renditen garantieren muss, die auf dem Markt nicht mehr erzielbar wären. Es ist also verkürzt und oberflächlich, wenn, wie dies gegenwärtig meist geschieht, nur die Geldgier und Skrupellosigkeit der Bankmanager als Hauptursache der Krise hingestellt werden, oder auch die Korruption der Aufsichtsgremien, das Versagen der politischen Regulierungsinstanzen. Alle diese Exzesse und Verfehlungen hat es gegeben, und die Kritik an ihnen ist natürlich berechtigt. Aber jenseits dieser Oberflächenphänomene muss man nach den strukturellen Ursachen fragen. Sie bestehen in erster Linie in der Überliquidität an den Finanzmärkten. Diese hat, wie ich zu zeigen versucht habe, ihrerseits gesellschaftliche Ursachen in Gestalt der sozialstrukturellen Verschiebungen und der exzessiven Ungleichheiten der Vermögensverteilung in den entwickelten Industrieländern. Solange sich an diesen strukturell bedingten Ungleichgewichten nichts ändert, wird auch die Krise zu einem mehr oder weniger chronischen Zustand werden.

Was folgt daraus für die heute viel diskutierte Zukunft des Kapitalismus? Es folgt zunächst, dass die Probleme, mit denen wir es heute zu tun haben, nicht aus dem Versagen, sondern gerade aus dem Erfolg des Kapitalismus entstanden sind. Der Kapitalismus – und das ist heute in China nicht anders als in Westeuropa nach dem 2. Weltkrieg – mobilisiert die Individuen und ihre unternehmerischen Energien oft erfolgreich durch das Versprechen auf sozialen Aufstieg und „Wohlstand für alle“. Aber sollte dieses Versprechen wirklich für relevante Teile der Bevölkerung eingelöst werden, was dann? Der Kapitalismus lebt von der Klassenpolarisierung zwischen Reich und Arm, von ihrer immer neuen Herstellung und dynamischen Überwindung. Lässt die Spannung nach, dann wird Kapital weniger knapp, die Rendite sinkt und mit ihr lässt die Dynamik nach. Das aber bedeutet Krise und Armut mitten im Überfluss. Die stationäre Reproduktion eines gehobenen, nur mäßig differenzierten Wohlstandsniveaus ist unter kapitalistischen Voraussetzungen unmöglich. Anders ausgedrückt: Der Kapitalismus fordert Menschen, die auf die Zukunft, auf den individuellen Erfolg und Aufstieg hin leben; die Knappheit und die Rendite des Kapitals sind nichts anderes als der Ausdruck der Zukunftsorientierung der Gesellschaft. Wenn es aber mehr Menschen gibt, die eher in der Gegenwart statt in der Zukunft leben oder leben müssen, wie das in den

entwickelten Ländern zunehmend der Fall ist, dann heißt das, dass Kapital weniger knapp wird, vielleicht seinen Knappheitswert gänzlich einbüßen wird, und das bedeutet eine permanente Krise. Zentralbank-Zinssätze in der Nähe von Null, wie sie gegenwärtig vorherrschen, zeigen, dass dies keineswegs eine aus der Luft gegriffene Vorstellung ist.

Wie geht es weiter? Ich sehe zwei Möglichkeiten: Auf der einen Seite kann man mit gutem Recht argumentieren, dass von einer Überwindung der Kapitalknappheit auch heute noch nicht wirklich die Rede sein kann. Große Teile der Welt, insbesondere der afrikanische Kontinent, befinden sich noch in der Anfangsphase des kapitalistischen Aufbruchs, und der anstehende Übergang zu postfossilen Energiesystemen wird einen unermesslichen Kapitalbedarf erzeugen. Ein neuer, durch die Energiewende getriebener Wachstumszyklus könnte den Weg aus der Krise bahnen. Allein die Notwendigkeit der Reparatur der durch ihn selbst angerichteten ökologischen Schäden könnte dem Kapitalismus also noch eine gewisse Überlebensfrist gewähren. Aber auch ein solcher neuer Zyklus würde sich kaum im Selbstlauf durchsetzen, sondern massive, international koordinierte staatliche Interventionen voraussetzen. Die Chance, dass sie zustande kommen, ist gegenwärtig (siehe das Scheitern der Konferenz von Kopenhagen) sehr gering.

Wir tun jedenfalls gut daran, nicht nur mit dieser Möglichkeit, sondern mit der zweiten Möglichkeit zu rechnen: nämlich dass die Überliquidität der Kapitalmärkte zum Dauerproblem wird. Auch dann wären die demokratischen Nationalstaaten gefragt. Alles käme freilich darauf an, dass sie Wege finden, sich aus ihrer Verquickung mit der Finanzindustrie zu lösen und aus der aktuellen Gewährleistungsrolle für die Renditeansprüche der Eigentümer zu befreien. Es ginge schlicht darum, das Interesse des demokratischen Staates an sich selbst wahrzunehmen und die Erwartungen der Rentiers und Finanzinvestoren auf den Boden der Realität zurückzuholen. Das könnte wohl nicht nur mit sanften Mitteln geschehen, wie Keynes noch gemeint hatte. Das Ziel wäre könnte ja nicht allein sein, allzu riskante spekulative Geschäfte der Banken und Fonds zu unterbinden. Die spekulationstreibende Überliquidität an den Finanzmärkten selbst müsste vielmehr durch eine effektivere und höhere Besteuerung der Kapitaleinkommen, Kapitalmarktumsätze sowie der Managementvergütungen abgeschöpft werden. Steueroasen müssten wirksam ausgetrocknet werden. Und es würde sich die Eigentumsfrage stellen, denn die privaten Eigentümer und Rentiers werden den Schwund der Gewinne nicht widerstandslos hinnehmen. Die Verstaatlichung der Banken und auch großer Industriekonzerne könnte unvermeidlich

werden, schon um zu verhindern, dass der Staat zur Geisel genommen wird, und um die Produktion auch dann fortführen zu können, wenn sie nur noch kostendeckend, aber nicht mehr profitabel ist. Angesichts der zu erwartenden Beschäftigungsprobleme müsste die Subsistenz der Bevölkerung durch einen Ausbau der sozialen Grundsicherungssysteme gewährleistet werden. All dies wäre überdies nicht im nationalen Alleingang möglich, sondern müsste in einer international koordinierten Weise nach dem Vorbild des Systems von Bretton Woods geschehen. So unrealistisch dieser Weg gegenwärtig angesichts der ungebrochenen Macht der Finanzlobby erscheint: Es gibt zu ihm keine vernünftige Alternative.